

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.08.2016 und sagte, dass sich mittlerweile SPD und GRÜNE im Landtag NRW das Positionspapier zu Eigen gemacht hätten und dieses möglicherweise in der Plenarsitzung im September behandelt werde.

Der Abg. Tandler wies drauf hin, dass es zunächst einen erheblichen Widerspruch seitens der CDU und der FDP im Landtag NRW zu einem gemeinsamen Positionspapier gegeben habe. Er habe damals bereits gesagt, es sei im Interesse aller Beteiligten, dass die beiden Landesregierungen beteiligt werden. Es gebe in der Tat eine Initiative von den Abgeordneten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD in der Region, dass dieses Positionspapier im Landtag beschlossen werde. Entscheidend sei, hierfür eine möglichst breite Basis zu erhalten und eine gemeinsame Entscheidung zu treffen.

Der Abg. Dr. Bieber bemerkte, das Thema Bonn/Berlin könne nur gemeinsam in der Region erfolgreich behandelt werden, da es jenseits dieser Region wenig Unterstützung für Bonn geben werde. Eine Einigkeit mache die Region stark und demnach sei es noch besser, wenn sich über die Region hinaus die Landtage für Bonn engagieren.

Der Abg. Otter sagte, seine Fraktion werde das Positionspapier ebenfalls unterstützen und wies darauf hin, dass die ursprünglich zugesicherten 50 % der ministeriellen Arbeitsplätze in der Region mittlerweile einen Anteil von 37 % betragen. Diesen Umstand müsse man ebenfalls thematisieren.

Der Abg. Lamberty merkte an, er habe erfahren, dass das Positionspapier relativ breit verteilt worden sei und die Rückmeldungen zu diesem Papier unzureichend und unbefriedigend seien.

Der Landrat antwortete, dass 220 Druckversionen an einem großen Verteiler versandt worden seien und man bisher Reaktionen von der bayerischen und der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei erhalten habe. Der geringe Rücklauf könne jedoch an der eben beendeten Sommerpause liegen.

Weiter sagte der Landrat, er rechne damit, dass das Positionspapier Ende September/Anfang Oktober 2016 dem Bundeskabinett vorgelegt werde. Zudem erwarte er, dass die getroffene Zusage von Ministerin Hendricks bezüglich eines vorherigen Gesprächs mit den Beteiligten der Region von ihr eingehalten werde.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.